



Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB IV	022.32; 022.15; 865.30.002	VA 46/2014	
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss	8.	nichtöffentlich	16.07.2014
Rat der Stadt Norderney	15.	öffentlich	22.07.2014

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen der Stadt Norderney (Abwassersatzung) vom 04.11.2005

Sachverhalt

Eine Überarbeitung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen der Stadt Norderney (Abwassersatzung) vom 04.11.2005 ist aus mehreren Gründen notwendig. Insbesondere wasserrechtliche Bestimmungen haben sich in den letzten Jahren verändert, so dass eine Änderung der Abwassersatzung notwendig ist.

Auch die Thematik der Niederschlagswasserbeseitigung wurde aus rechtlicher Sicht aufgearbeitet und findet nunmehr eine eigenständige Regelung in der Abwassersatzung.

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen orientieren sich an dem aktuellen Muster der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen.

Zu den einzelnen Änderungen:

Art. 1: Der bisherige § 3 umfasste die Regelungen hinsichtlich des Anschluss- und Benutzungszwanges für Schmutz- und Niederschlagswasser. Aufgrund unterschiedlicher rechtlicher Bestimmungen empfiehlt sich eine Trennung der Satzungsbestimmungen für Schmutz- und Niederschlagswasser. Die neue Fassung des § 3 beinhaltet daher nur die Regelungen hinsichtlich des Schmutzwassers.

Art. 2: Gem. § 96 Absatz 1 Satz 1 Nds. Wassergesetz (NWG) haben die Gemeinden das auf ihrem Gebiet anfallende Abwasser zu beseitigen, soweit nicht nach den weiteren Bestimmungen des § 96 NWG andere zur Abwasserbeseitigung verpflichtet sind. Gem. § 96 Absatz 3 Nr. 1 NWG sind zur Beseitigung des Niederschlagswassers anstelle der Gemeinde die Grundstückseigentümer verpflichtet, soweit nicht die Gemeinde den Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage und deren Benutzung vorschreibt oder ein gesammeltes Fortleiten erforderlich ist, um eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu verhüten. Zweck dieser Vorschrift ist es, überall dort, wo dies technisch möglich ist, eine Versickerung des Niederschlagswassers an Ort und Stelle zu ermöglichen. Dies soll

zum einen dem Schutz des Grundwassers dienen und zum anderen die öffentlichen Abwasseranlagen von Niederschlagswasser entlasten, das nicht unbedingt abgeleitet werden muss.

In dem Fall der Anordnung des Anschluss- und Benutzungszwanges gem. § 96 Absatz 3 Nr. 1 Alt. 1 NWG sind die Voraussetzung des § 13 Satz 1 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) zu beachten, wonach für die Anordnung eines Anschluss- und Benutzungszwanges ein dringendes öffentliches Bedürfnis bestehen muss.

Ein dringendes öffentliches Bedürfnis für den Anschluss an die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung liegt immer dann vor, wenn das Wohl der Allgemeinheit bei einer Versickerung des Niederschlagswassers auf dem jeweiligen Grundstück beeinträchtigt wird. Als Gründe für die Erforderlichkeit des gesammelten Fortleitens von Niederschlagswasser müssen wasserwirtschaftliche Gründe vorliegen. Als solche kommen u.a. in Betracht:

- Das Grundstück liegt in einem städtischen Baugebiet mit stark verdichteter Bebauung (z. B. Kerngebiet, Gewerbegebiet).
- Das Ableiten des Niederschlagswassers würde die Trinkwassergewinnung (Trinkwasserschutzgebiet) beeinträchtigen.
- Vermeidung von konkreten Schäden (z. B. durch hohen Grundwasserstand).

Für das Gebiet der Innenstadt besteht ein dringendes öffentliches Bedürfnis. Aufgrund der starkverdichteten Bauweise ist eine Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers auf dem jeweiligen Grundstück nicht möglich. Auftretendes Niederschlagswasser läuft somit über die städtischen Straßenflächen und führt zu vermeidbaren Schäden an den Straßeneinrichtungen, z. B. Ausspülungen der Fugen, Unterspülungen der Pflasterung sowie Frostschäden am Straßenkörper durch gefrierendes Niederschlagswasser. Mit der gleichen Begründung wird auch ein dringendes öffentliches Bedürfnis für das gesamte Gebiet des Gewerbegebiets festgestellt. Für diese Gebiete wird daher aufgrund der stark verdichteten Bebauung der Anschluss- und Benutzungszwang an die Niederschlagswasserkanalisation angeordnet.

Für die Gebiete Nordhelmsiedlung sowie die Gebiete südlich der Gartenstraße ergibt sich als Auswirkung der flächenmäßigen Versickerungen von Niederschlagswasser die Anhebung der Grundwasseroberfläche. Durch das drückende Grundwasser drohen Schäden an Gebäuden, besonders betroffen sind Keller und Fundamente. In diesen Gebieten mit hohen Grundwasserständen und niedrigen Geländehöhen ist dieses Risiko sehr hoch.

In diesen Risiko-Bereichen wird eine weitere Erhöhung der Grundwasserstände zu verstärkter Vernässung sowie zu einer weiteren Ausdehnung der Anhebung der Grundwasseroberfläche führen. In der Nordhelmsiedlung wäre eine weitere Ausdehnung in Richtung Westen zu befürchten. In der Innenstadt könnten Gebiete an der Bülowallee und an der Hafenstraße betroffen sein.

Aus den Gebieten der angehobenen Grundwasseroberfläche würde das Grundwasser dem hydraulischen Gefälle folgen und zu Bereichen mit niedrigen Grundwasserständen fließen. Dadurch können dort Probleme für Keller und Fundamente entstehen. Südlich des Stadtgebietes, in Parkanlagen, Sportplätzen und Parkplätzen verstärkt sich das Risiko der Vernässung.

Die Flurabstandskarten der vorliegenden hydrogeologischen Stellungnahme vom 21.10.2013 von Frau Dr. Naumann, HG Con - HydroGeologie-Consulting, Braunschweig zeigen, dass bereits weite Bereiche des Stadtgebiets von geringen Grundwasserflurabständen unter zwei Meter betroffen sind. In den Karten sind zusätzlich die Isolinien für Flurabstände bei drei und vier Meter eingetragen. Bereits Flurabstände bis zu drei Metern sind für Keller und Fundamente als kritisch anzusehen.

Im Trinkwasserschutzgebiet des Wasserwerkes Ort ist die Versickerung von Niederschlägen, die von Gebäuden oder Straßen (Traufwasser) abfließen, untersagt. Schadstoffe können mit den versickernden Abflüssen von Straßen und Gebäuden in das Grundwasser gelangen und sind somit als nicht tolerierbare Niederschlagsabflüsse einzustufen.

In der Zukunft wird von einem Anstieg der Niederschlagshöhen ausgegangen. Analysen des Deutschen Wetterdienstes haben ergeben, dass es einen Trend zu mehr Tagesniederschlägen von über 30 l/m² gibt - vor allem im Winter. Auch die globale Erwärmung spricht für eine entsprechende Zunahme.

Art. 3: Der betreffende Paragraph der Satzung ist zum einen um den Hinweis auf den neu einzufügenden § 3 a zu ergänzen, zum anderen um eine Regelung hinsichtlich des vorzulegenden Entwässerungsantrages bei baurechtlich genehmigungsfreien Bauvorhaben.

Art. 4: Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung, da sich die Paragraphen im NWG verschoben haben.

Art. 5: Es handelt sich um Anpassungen der bisherigen Satzung an die Mustersatzung.

Art. 6: Die Anpassungen beruhen zum einen auf Änderungen im technischen Regelwerk, zum anderen wird eine Regelung zur Dichtigkeitsprüfung der privaten Grundstücksentwässerungsanlagen aufgenommen. Die Regelung, dass jede Grundstücksentwässerungsanlage spätestens bis zum 31.12.2033 auf Dichtigkeit zu prüfen ist, findet ihre Begründung darin, dass in der neuen DIN 1986-30 von Februar 2012 die Frist für die Erstprüfung bis zum 31.12.2015 gestrichen wurde und stattdessen eine Zeitspannenregelung eingeführt wurde. So könnte eine bloße Bezugnahme auf die DIN 1986-30 von Februar 2012 dahingehend ausgelegt werden, dass Dichtigkeitsprüfungen unverzüglich vorzunehmen sind; dies dürfte in der Praxis wohl kaum angezeigt sein, weshalb hier festgelegt wird, dass die Dichtigkeitsprüfung erstmals auf Anforderung erfolgt bzw. auch ohne Anforderung spätestens bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen muss. Der Zeitpunkt wurde so gewählt, dass er den Vorgaben der geänderten DIN 1986-30 von Februar 2012 entspricht. Er erfolgt in Anlehnung an die DIN 1986-30, wonach Anlagen ohne Dichtheitsnachweis erstmals nach 20 Jahren geprüft werden sollen.

Art. 7: Die Regelungen werden um Regelungen zur Anordnung der Eigenüberwachung sowie zusätzliche Dichtigkeitsprüfungen ergänzt.

Art. 8: Der Paragraph ist aufgrund rechtlicher Änderungen sowie von Einfügungen aufgrund der vorstehenden Ergänzungen neuzufassen.

Art. 9: Der Plan ist neu aufzunehmen. Aus ihm sind die Gebiete ersichtlich, für die der Anschluss- und Benutzungszwang für das Niederschlagswasser angeordnet wird.

Finanzielle Auswirkungen

- ☐ Nein
☐ Ja, mit

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-Herstellungskosten)
Euro

☐ Jährliche Folgekosten/ lasten
☐ Einmalig
Euro

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Norderney stimmt der 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen der Stadt Norderney (Abwassersatzung) vom 04.11.2005 mit Wirkung zum 01.09.2014 zu.

Norderney, 08.07.14

Der Bürgermeister

(Ulrichs)